

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen. Anbei die Antworten der FDP Baden-Württemberg. Wir bedanken uns für eine kurze Bestätigung zum Erhalt dieser Nachricht.

1. Kriminalisierung Seenotrettung

1. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Seenotrettung ist kein Verbrechen, im Gegenteil: Solange Menschen das Ertrinken droht, ist Rettung Pflicht. Die Pflicht zur Seenotrettung wurde bereits erstmalig 1910 im Brüsseler Abkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über Hilfeleistung und Bergung in Seenot festgesetzt.

2. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Wir brauchen hier einen neuen Ansatz, europäisch und staatlich die Seenotrettung zu organisieren. Wir sehen Seenotrettung als eine staatliche Aufgabe. Es ist enttäuschend, dass die deutsche Ratspräsidentschaft hier nichts erreicht hat. Die Lösung des Problems kann nur auf europäischer Ebene erfolgen. Die FDP auf Landesebene wird sich gegenüber den zuständigen Gremien des Bundes und der Europäischen Union für diese lange überfällige Maßnahme einsetzen.

2. Thema Landesaufnahmeprogramm

1. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Die Probleme können nur durch eine gemeinsame europäische Regelung gelöst werden. Wir brauchen innerhalb der EU eine faire Lastenteilung. Hier hat die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft außer großen Ankündigungen nichts zu Stande gebracht. Isolierte Landesaufnahmeprogramme können allenfalls kurzfristig das Leid einzelner Betroffener lindern, sie lösen aber keine Probleme.

2. Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Die Haltung einer anderen Partei zu Landesaufnahmeprogrammen ist für die FDP kein Ausschlusskriterium für eine Koalition.

3. Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt?)

Nein, wir unterstützen die Klage nicht.

3. Aufnahmebereitschaft der Kommunen

1. Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Wenn bestimmte Kommunen eine über dem Landesdurchschnitt liegende Aufnahme anstreben, sollte dies im Rahmen der Verteilung berücksichtigt werden. Die bestehenden Rahmenbedingungen auszuweiten, ist aus unserer Sicht nicht erforderlich.

2. Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Forderung aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?

Wir berücksichtigen diese humanitär ehrenwerten Forderungen bei unserer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

4. Sichere Bleibeperspektiven in Baden-Württemberg

1. Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Der Schutz von Verfolgten ist grundgesetzlich verbürgt und muss umfassend verwirklicht werden. Darüber hinaus ist eine befristete Ausnahme aus humanitären Gründen geboten. Klar ist aber auch, dass die Menschen aus dieser Gruppe grundsätzlich das Land wieder verlassen müssen, wenn die Schutzgründe nach einer Verbesserung der Situation in den Heimatstaaten wieder entfallen. Nur so schafft man eine breite Akzeptanz der Bevölkerung für die Zuwanderung in das Land.

2. Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Wir wollen die Möglichkeit eines Spurwechsels befördern. Ausreisepflichtige, die seit geraumer Zeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt und nicht straffällig geworden sind, sollen das Recht erhalten, einen Aufenthaltsstatus zu erlangen.

3. Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung des Beschlusses vom April 2017 realisieren, wonach Betroffene über die existierenden Bleiberechtsoptionen aufgeklärt werden?

Als Rechtsstaatspartei ist es für uns ganz selbstverständlich, dass Betroffene die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen sollen dürfen.

5. Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

1. Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)?

2. Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir Freien Demokraten werben für eine Evaluation des Pakts für Integration unter Einbeziehung der vielfältigen Leistungen des Bundes, wie auch der Agenturen für Arbeit. Der Pakt für Integration stellt den Kommunen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung.

6. Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen

1. Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung Baden-Württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Der menschenrechtskonforme Umgang mit allen Menschen, gleich ob im Inland oder beim Schutz an EU-Außengrenzen, ist elementarer Bestandteil der polizeilichen Ausbildung im Land, und wird auch bei den Einsätzen gewahrt.

7. Abschiebungen in Baden-Württemberg

1. Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Die Ausreisepflicht muss konsequent umgesetzt werden. Vorrang hat für uns dabei die freiwillige Rückreise. Durch Förderprogramme wollen wir die Bereitschaft der Betroffenen hierfür stärken. Die Abschiebehaft ist teuer und eine ultima ratio, die aber bisweilen unvermeidbar ist, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft wurden. Der Standort des Abschiebegefängnisses in Pforzheim mitten im Wohngebiet ist hingegen unpassend.

2. Was schlagen Sie bzw. Ihre Partei vor, angesichts der Statistiken, wonach rund 50% der Personen in Abschiebungshaft rechtswidrig inhaftiert wurden, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebungshaft zu erreichen?

Entsprechende Zahlen liegen der FDP nicht vor. Ob eine Abschiebehaft rechtswidrig ist, obliegt der abschließenden Prüfung durch die Gerichte.

3. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass Personen in Abschiebungshaft - analog zu Beschuldigten in Strafverfahren - eine Pflichtverteidigung beigeordnet wird?

Nein.

4. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass in Baden-Württemberg - wie in vielen anderen Bundesländern üblich - eine offene und unabhängig Beratung in der Abschiebungshaft geben soll?'

Die Abschiebehaft ist keine Strafhaft. Dementsprechend muss der Vollzug in Relation deutlich gelockert ausgestaltet sein.

5. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Derartige Situationen gilt es zu vermeiden.